

Solidarität

unsere Chance

Nummer 132

Mai 2017

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

1. Mai 2017

Gegen Überwachungsstaat und Sozialabbau!

Der kürzlich verstorbene Verfassungsgerichtshofpräsident Korinek sagte schon 2007: „*Ich habe manchmal den Eindruck, wir werden ähnlich stark überwacht wie seinerzeit die DDR-Bürger von der Stasi*“ (Presse, 20./21. Okt. 2007).

Gegen den Krieg! Für Demokratie und Neutralität!

Das konservative US-Magazin „Time“ (6.3.2017) schreibt offen: „*Ein neuer Kampf um Europa hat begonnen.*“ Klar, im Artikel werden Russland und China als „die Bösen“ ausgemacht. Doch eine Grafik zur NATO-Expansion seit 1991 zeigt die Realität: vom Baltikum bis Bulgarien plus Kroatien und Albanien ist die NATO an Russland herangerückt.

Die USA rüsten massiv auf, schmeißen die größte „konventionelle“ Bombe auf Afghanistan oder bombardieren Syrien. Österreichs „journalistisches Gewissen“, Hugo Portisch kann sich einen nuklearen Erstschatz der USA gegen Nordkorea vorstellen (Kurier, 23.4.2017). Der Papst oder Jean Ziegler sprechen davon, dass der 3. Weltkrieg auf Raten schon stattfindet, ein Krieg der Reichen gegen die Armen. 70 Millionen Menschen sterben dabei schon jetzt jährlich!

Österreichs Neutralität wurde, trotz gegenteiligem Versprechen, mit dem EU-Beitritt 1995 unter SPÖ-VP zum Teil an die EU abgetreten. Die FPÖVP-Regierung 2000-2006 wollte überhaupt in die NATO eintreten. Seither wird engstens mit der EU auch militärisch (EU-Battlegroups, EU-Missionen am Balkan, in Mali usw. oder jetzt bei Frontex) kooperiert. Bei der NATO macht Österreich via „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ oder z.B. unter deutschem NATO-Kommando als „Friedensschaffende“ im Kosovo mit. Das nahmen FP, Haider, Strache, Hofer und Co. in den letzten Jahren zum Anlass, mit der Lüge des „Verteidigers der Neutralität“ auf Stimmenfang zu gehen. Jetzt ist auch Strache offen für die EU und eine EU-Armee, sogar mit Atombewaffnung.

Das alles ist brandgefährlich. Die Neutralität Österreichs ist die Lehre aus zwei Weltkriegen, nie wieder und an ein keiner Seite in Kriege ziehen zu wollen. 90% der Österreicherinnen und Österreicher wollen das.



**Vor 127 Jahren: Forderung
nach 8-Stunden-Tag**

**Heute wieder
12-Stunden-Tag?**

Nein, nicht mit uns!

AKTIONSTREFFEN: Gegen Sozialabbau – für Neutralität
9. Mai 2017, 19.00 Uhr, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien, EG

Brandaktuell

Die Verrohung der Gesellschaft

entsteht durch einen ungeheuren Druck von „oben“!



Durch die von denen da „oben“ geförderten Strukturen wird die Masse der Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, letztlich der Menschenwürde beraubt, an den Rand gedrängt, ihre Wünsche und Bedürfnisse zählen nicht.

Terror von Oben, die Oberen leben auf Kosten der Unteren	Ungehemmte Gier Profit steht über Leben	Rasendes Tempo im Beruf und in der Freizeit
Strukturelle undurchsichtige Gewalt	Zeitdruck, Konkurrenz, ständige „Qualitätskontrollen“	12 Stunden Arbeitstag
Entsolidarisierung und Verrohung der Gesellschaft	Ausbeuterische Arbeitsbedingungen	Leistungsdruck droht die Menschlichkeit zu zerstören
Jeder Schritt wird komplett kontrollierbar und verfügbar	Anonymisierung der Arbeitswelt	Die Eliten horten ihr Geld im Ausland
Plünderung der sozialen Töpfe	Gesellschaftliche Kälte, jeder gegen jeden in Konkurrenz	Raubtierkapitalismus, rücksichtslose Ausbeutung von Menschen und Ressourcen
Arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsstrategien		

Die Masse der Menschen hat den ganzen Druck, der dem gesellschaftlichen Leben von einigen Wenigen aufgelastet wird, zu tragen! **Dieser Umstand kann nur mit solidarischem Widerstand verändert werden!**



Der von oben aufgebaute Druck soll sich gegenüber allem, was anders, fremd, neu ... ist, entladen. Jene Rechten, sei es in Parteien oder anderen Gruppierungen, die Scheinlösungen in einer einfachen Sprache anbieten, wollen die enttäuschten Massen an sich ziehen.

Rückzug in Depression (Alkohol)
Hilflosigkeit
Verlorengehen des Selbstwertgefühls bis zum Zusammenbruch
Psychische Erkrankungen
Isolation und Verlust der sozialen Bezüge
Gestohlenes Leben Ich will ja auch wer sein!

Labile Psychostrukturen kommen zum Ausbruch (Amokläufe, Familientragödien)
Abwertung und Ausgrenzung
Ausgeliefertsein
Ausgeschlossensein von der Gesellschaft, vom Glück, vom Leben

Das Leben als sinnlose Plackerei
Lebenseinstellungen, Beziehungen sind entwertet
Entwurzelung, das Leben wird unübersichtlich
Verengung des Menschseins
25 % der Beschäftigten fühlen sich von burn out bedroht
Existenzängste werden auf Andere übertragen (Ausländer, Flüchtlinge)

Permanente Erschöpfung
Kontrollverlust
Rechte geben vor, einfache Antworten auf komplexe Frage zu haben
Dauernde Unsicherheit

Autoritäre Strukturen sollen scheinbar Ordnung in die „zersörte“ Welt bringen

Abbildung aus: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg 1/2017 (leicht gekürzt/adaptiert)

Massiver Sozial- und Demokratieabbau bei gleichzeitiger Aufrüstung

Die Regierung öffnet den sozialen Wohnbau den Profiteuren, d.h. noch weniger leistbare Wohnungen für Normalverdiener / Abbau der Rechte der Arbeitenden / Verlängerung der Arbeitszeiten / Pensionsraub / Selbstbehalte im Gesundheitswesen bis hin zur Zerschlagung der Sozialversicherung und vieles mehr. Gleichzeitig: Milliarden für Banken, die Reichen und für weitere Aufrüstung (z.B. neuer Abfangjäger) des Militär- und Überwachungsapparats! Die Masse der österreichischen Bevölkerung soll das alles bezahlen!

Überwachungsstaat

Weil das alles zunehmend Widerspruch bei den Menschen hervorruft, wird zügig die Macht und Kontrolle des Staatsapparates ausgebaut. Der starke Staat wird von SP-Kern und VP-Mitterlehner, von SP-Doskozil und VP-Sobotka unter Zustimmung von FP-Strache und FP-Hofer, Team Stronach und Neos noch schneller vorangetrieben: Lauschangriff, Staats-Trojaner, Fingerabdruck, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, usw. So sollen wir letztlich reif gemacht werden, noch mehr Opfer hinzunehmen, so sollen wir weich geklopft werden für neue Kriegszeiten!

Neutralität: Über 90 % der Österreicher wollen sie beibehalten!

Österreich ist ein neutraler Staat, das besagt Österreichs geltendes Neutralitätsgesetz:

Artikel 1: Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird dies mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

Artikel 2: Österreich wird zur Sicherung dieses Zweckes in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.

Das Neutralitätsgesetz ist Ausdruck des Willens der ÖsterreicherInnen, dass wir nicht wieder, wie schon zweimal in der Geschichte, für Großmachtinteressen in Kriege ziehen wollen.

Doch Österreichs Herrschende arbeiten seit Jahren an der Aushöhlung und Abschaffung der Neutralität: **1998:** Beschluss des Kriegsermächtigungsartikels 23 f, schon damals Zustimmung zu Kampfeinsätzen auch ohne UN-Bindung. **2004:** Beschluss der neuen EU-Verfassung, ständige Aufrüstung wird dort verpflichtend. **2014-2016:** Allein in dieser Zeit führten NATO-Staaten mehr als 3.200 Militärtransporte durch Österreich in Richtung Ukraine. Alles glatter Bruch der Verfassung. Die Regierung verletzt ständig die Neutralität. Auch Strache und Van der Bellen reden von der Neutralität und verraten sie jede Woche aufs Neue. **2017:** Österreichs neue Strategie für Bundesheer-Auslandseinsätze ist unvereinbar mit unserer Neutralität: SPÖ-Verteidigungsminister Doskozil wird mehr und mehr zum „Kriegsvorbereitungs- bzw. zum Kriegsminister“: 800 Soldaten sollen zur „Terrorprävention“ an die EU-Außengrenze am Balkan, Gebirgsjägertrainer sollen zum NATO-Einsatz nach Afghanistan, demnächst Soldaten nach Syrien, Libyen und Mali zum Kriegseinsatz. Doskozil nennt es gerade deswegen „Interessensgeleitete Neutralitätspolitik“. Das ist Mithilfe zur Vorbereitung von Kriegen und Kriegseinsätzen an der Seite von NATO, EU oder Deutschland für deren geopolitischen Einfluss in der Region. **Das alles ist mit unserer Neutralität unvereinbar! Nein zu Teilnahme an Kriegsvorbereitung und Kriegseinsätzen! Treten wir selbstständig und gemeinsam für die Neutralität Österreichs ein!**

Was wollen wir? Wie können wir reagieren?

Ausweg ist, gegen Sozial- und Demokratieabbau und gegen das Hineinziehen Österreichs in Krisen und Kriege aufzutreten. Erheben wir uns, denn wir sind die Mehrheit, haben aber keine wirksame Stimme und Vertretung in Wirtschaft, Parteien, Interessenvertretungen oder hoher Politik – im Gegenteil. Treten wir gegen die fortschreitende Verschlechterung unserer Lebensbedingungen und gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen auf.

Schließen wir uns zusammen, gemeinsam sind wir stärker!

AKTIONSTREFFEN:

Gegen Sozialabbau – für Neutralität

9. Mai 2017, 19.00 Uhr

Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien / Erdgeschoß, Großer Saal

Kontakt: oessolkom@gmx.at oder 0650 830 7 830

Veranstalter: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg & Österreichisches Solidaritätskomitee

Bundeskanzler Kerns Erpressungsversuch im Interesse der Wirtschaft

Zunächst bedanken wir uns bei allen Kolleginnen und Kollegen, die unsere Unterschriftenaktion gegen die Ausweitung der täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden unterstützen, unterzeichnen und weiterverbreiten. Das ist auch weiterhin notwendig.

Mit der Ankündigung des neuen Regierungsschwungs gingen gleich eine große Anzahl von Maßnahmen einher, die die arbeitenden Menschen auf Dauer nachteilig treffen, werden sie tatsächlich umgesetzt. So haben Bundes- und Vizekanzler unter anderem mit einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeitverlängerung auf mögliche 12-Stunden Arbeit am Tag gedroht, sollten sich die „Sozialpartner“, also Gewerkschaften, Arbeiterkammern auf der einen Seite, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung auf der anderen Seite, nicht einigen. Ebenso soll es einen Mindestlohn von 1.500 Euro geben.

Schon jetzt, versichern die Gewerkschaften, dass es genug Möglichkeiten auf Betriebsebene (also im Kollektivvertrag und mittels Betriebsvereinbarungen) gäbe, bei Bedarf 12 Stunden zu arbeiten. Leider. Oft werden ja derzeit schon Überstunden nur mangelhaft oder gar nicht bezahlt.

Mit dem Rückenwind der Drohung der Regierung, im Falle der Nichteinigung der „Sozialpartner“ entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen, will die Wirtschaftsseite die Verhandlungen zu Mindestlohn und „Arbeitszeitflexibilisierung“ zu noch mehr Arbeitsdruck und Lohnraub nutzen. Zum Beispiel: Erhöhung des Mindestlohns auf 1.500 bzw. auf 1.700 Euro erst in ca. 2 bis 8 Jahren (!), aber die 12-Stunden-Tag-

Möglichkeit ohne Überstundenzuschläge nur mit Zeitausgleich – und das innerhalb von zwei Jahren (!) Durchrechnung – sofort.

Der Überwachungsstaat-Fanatiker, Recht(s)- und Ordnung-Prediger, Einschränker der Versammlungsfreiheit-, NÖ-ÖVP-„Arbeiter- und Angestelltenbund“(AAB)-Chef und Innenminister Wolfgang Sobotka will es bei der Arbeitszeit auch total neoliberal: Die Arbeiter und Angestellten sollen nach der Pfeife der Unternehmen tanzen, das Freizeit- und Familienleben soll der Firma untergeordnet werden. Das klingt dann bei Sobotka so:

„Wir wollen weggehen von der Tagesarbeitszeit hin zu einer Wochenarbeitszeit. Diese sollen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber in beiderseitigem Einverständnis selbst einteilen können. Dabei ist wichtig, dass elf Stunden Ruhezeiten eingehalten werden, und einmal pro Woche eine Ruhezeiteneinheit mit 36 Stunden stattfindet. Das kann am Wochenende sein, aber auch unter der Woche.“

Aber auch 13 Stunden Arbeit am Tag kann sich Herr Sobotka vorstellen (er kommt laut „Kronen-Zeitung-Schönfärberei-Gschichterl mit nur 3 Stunden Schlaf aus und gärtner gerne auch nachts mit Stirnlampe):

„Wir verlegen Glasfaserkabel im ganzen Land (NÖ, Anm. d. Red.). Dann wird es bald möglich sein, dass der Arbeitnehmer sagt, ich mache zwei Tage in der Woche Home-Office. Und dann teile ich mir das so ein, dass ich halt 13 Stunden arbeite. (Quelle jeweils: meinbezirk.at, 21.3.2017).“

Das ist die „schöne neue Welt der Flexibilisierung“ wie es sich die Unternehmer vorstellen: Arbeiten auf Abruf, wenn es der Firma passt, nicht, wann ich es will – also ohne echter Wahlfreiheit. Ganz abgesehen von den schon angesprochenen finanziellen, aber auch schwerwiegenden gesundheitlich und sozial negativen Folgen.

Arbeit: zu wenig zum Leben

316.500 ganzjährig Vollzeitbeschäftigte verdienen im Jahr 2015 laut AKOÖ weniger als 1.700 Euro brutto, zwei Drittel davon sogar weniger als 1.500 Euro brutto. Darüber hinaus gibt es 300.000 Teilzeit- oder unterjährig Beschäftigte, die weniger verdienen. Wirtschaftsbosse, Manager und Politiker verdienen das 10- bis 40-fache im Monat. Zum Vergleich: Die offizielle Armutsgrenze liegt heuer bei 1.163 Euro netto monatlich für Einpersonenhaushalte.

Durch die rasante Automatisierung (Roboter) und Digitalisierung wird es in Zukunft noch weniger Arbeit bedürfen und daher noch weniger Vollzeitarbeitsplätze geben.

Schon jetzt steigen die Zahlen der beschönigend und verschleiern so genannten „bedarfsorientierten“ Mindestsicherung, weil immer mehr arbeitslos werden und viele trotz Arbeit mit dem dafür bezahlten Gehalt oder Lohn kein Auskommen finden. Die Menschen müssen dafür die erniedrigende Prozedur der Beantragung der Mindestsicherung in Kauf nehmen, um wenigstens in Summe auf maximal 838 Euro (für Alleinlebende) kommen zu können.

Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterkammer müssen im Interesse der überwältigen Mehrheit der

Beschäftigten und ihrer Mitglieder diese ungeheuerlichen Begehrlichkeiten der Wirtschaft, die mit Hilfe der SPÖ-geführten neoliberalen Regierung erpresst werden sollen, auf das Schärfste zurückweisen und gemeinsam mit ihren Mitgliedern offensiv und aktiv bekämpfen. Andernfalls verlieren ÖGB und AK weiter an Vertrauen bei den arbeitenden Menschen und treiben sie so den offenen Rechten in die Hände.

Es gibt keinen Ausweg in der „Mitte“ oder „Halbrechts“ wie ihn SPÖ-Kanzler Kern jetzt geht. Dieser Weg der Anbiederung an die Wirtschaft (noch mehr Liberalisierung bei Arbeitszeit, Gewerbe, Schulautonomie, Profitförderung),

an VP-Kurz und FP-Strache (z.B. in der Frage der Flüchtlinge) oder die Überlegungen einer künftigen SPÖ-FPÖ-Koalition) führen letztendlich auch schnurstracks nach rechts.

Sind die SPÖ-Spitzen tatsächlich bereit, für den bloßen Machterhalt die Drecksarbeit fürs Kapital, für VP-Kurz und FP-Strache zu machen und dafür den arbeitenden Menschen großen Schaden zuzufügen?

Wer heute die Ausbeutung, Überwachung und Unterdrückung von Armen, Arbeitslosen, Ausländern oder Flüchtlingen zulässt oder gar durchführt, kann morgen mit Hilfe der selben Gesetze selbst Zielscheibe sein.

Die Verschärfung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts durch ÖVP-Sobotka und der Applaus von Strache und die Zustimmung der SPÖ-Granden Kern oder Niessl sowie die oben beschriebene Vorgangsweise von Kern und Mitterlehner im Auftrag der Wirtschaft, dem Kollektivvertragspartner Gewerkschaft mit gesetzlicher Lohn- und Arbeitszeitregelung zu drohen, zeigen: Gewerkschaften, Betriebsräte oder Arbeiterkammern sollen nicht mehr so viel zu sagen haben und es auch in Zukunft schwerer haben, zu demonstrieren.

Das ist die Botschaft: Wehret den Anfängen – die schon weit gediehen sind!

- **Statt Arbeitszeitverlängerung bei Lohnraub („Flexibilisierung) muss es eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich geben**
- **Schon eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden brächte rund 100.000 neue Arbeitsplätze**
- **Produktivität, Wertschöpfung Gewinne der Firmen steigen, der Reichtum der wenigen Prozent an Vermögenden ist enorm und verursacht durch die Ungleichheit der Gesellschaft enormen Schaden.**
- **1 % der Haushalte in Österreich verfügt laut Sozialbericht ca. über gleich viel Vermögen wie die unteren 80 %**
- **Mehr als vier Fünftel (82,2 %) des gesamten Steueraufkommens entfielen 2016 auf Lohnsteuer, indirekte Steuern und sonstige Massensteuern – die Lohnsteuerreform 2015 ist schon heuer „aufgefressen“, d.h. die Ausbeutung der breiten Masse steigt weiter**
- **Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten. Daher darf mit einer Besteuerung der Reichen, der Wertschöpfungsbemessung für Steuern und Sozialsystem und der Entlohnung auf Basis der tatsächlichen Wertschöpfung nicht länger zugewartet werden.**
- **Verbrieftes, unbürokratisches Streik- und Demonstrationsrecht**
- **Solidarwirtschaft für alle, statt Profitwirtschaft für einige wenige**



Präsidentenwahl in Frankreich:

Nach dem 1. Wahlgang: Le Pens Plan

In Frankreich hat der neoliberale Macron vor der Rechten Le Pen, dem Rechtskonservativen Fillon und den Linken Mélenchon gewonnen. Alle vier Kandidaten hatten rund 20% der Stimmen der 47 Millionen Wahlberechtigten erreicht (80% Wahlbeteiligung).

Ob Macron die Stichwahl gewinnt, ist zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe (25.4.2017) nicht sicher. Sein Plan für den Fall seines Sieges schon. Noch mehr EU, noch mehr Liberalisierung der Wirtschaft und Ausbeutung der Menschen durch die Wirtschaft – das ist der Plan des Investmentbankers und Ex-Wirtschaftsministers unter Hollande.

Aber auch Le Pen, die sich gerne als Frau des kleinen Mannes, als Rächer der Entrechteten gegen die Konzerne und die EU gibt, packelt natürlich mit dem Kapital. So will Le Pen zwar im Falle ihres Sieges eine Abstimmung über die EU und

den Franc als Währung wieder einführen. Doch man höre und staune: für die Konzerne soll es aber den Euro weiterhin geben.

Ob Macron oder Le Pen die Stichwahl gewinnt, das Kapital hat sich schon längst arrangiert – wie auch in Großbritannien und den anderen EU-Staaten nach dem Brexit. Die Wähler aber sollen glauben, dass in ihrem Interesse gehandelt wird. So wird – ähnlich wie bei Österreichs Bundespräsidentenwahl – völlig berechtigt und in der Absicht Schlimmeres für ihre Zukunft zu verhindern, gegen rechts gestimmt. Aber durch das Fehlen einer echten Alternative bekommen die Wähler dann neoliberale Smart-Gesichter in grün rot oder schwarz vorgesetzt, die jene neoliberale Politik fortsetzen, deren negative Folgen für die Menschen ja gerade zum Aufstieg der Rechten geführt haben.

Und noch ein Phänomen ist zu beobachten: nicht nur der „rechte

Rand“ macht rechte Politik, sondern rechte Politik wird aus der ganz normalen „Mitte“ heraus gemacht. Frankreichs Präsidentenwahl fand unter dem seit November 2015 nicht mehr aufgehobenen Ausnahmezustand statt. Polizei und Militär wurden und werden massiv aufgerüstet.

Überwachung, Ausbeutung und Unterdrückung der Masse der Bevölkerung unter dem Vorwand den Terrorismus oder den „Islamismus“ zu bekämpfen, konnte die Anschläge nicht verhindern, soll aber die Menschen an Polizei und Militär gewöhnen.

Das ist im Interesse der Konzerne, Banken, Versicherungen und der Besitzenden. Sie haben immer schon mit dem und durch den Staatsapparat ihre Profitinteressen durchzusetzen versuche, sei es mit Hilfe von „sozialmoderaten“, „moderaten“, oder rechten Politikern.



Plattform:

**Keine Zerschlagung
der Sozialversicherung**



Wirtschaftsvertreter überlegen Privatisierungen in der Sozialversicherung

Überraschend trat die seit knapp einem Jahr im Amt befindliche Chefin des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger (HV), Ulrike Rabmer-Koller, zurück.

Als Grund gab sie „fehlenden politischen Reformwillen“ an. Das heißt in der Sprache der ÖVP und der Wirtschaftskammer (WKO), aus

der sie stammt, dass sie dzt. noch nicht mehr Belastungen für die arbeitenden Menschen durchbringen konnte. Auch an der Nachfolge von WKO-Chef Leitl dürfte sie Interesse haben.

Was die WKO mit der Sozialversicherung (SV) so vorhat, hat unlängst deren Vertreter im HV-

Vorstand ausgeplaudert (Kronen-Zeitung, 8.4.2017): Die SV habe 154 eigene Einrichtungen (Kurheime, Reha-Zentren, Ambulanzen) – und die seien zu teuer. Privat geführte Anstalten wären im Vergleich billiger. Man überlege den Verkauf, die Verpachtung oder die Ausgliederung dieser Einrichtungen. Ähnliche Modelle seien auch für die

AUVA (Allgemeine Unfallversicherung), welche Unfallspitäler und Reha-Zentren betreibt, angedacht.

Dazu muss man wissen, dass die Verwaltungskosten der SV bei 2-3% liegen. Kein Privater kann da mithalten. Privatversicherer haben Verwaltungskosten von 20 bis 30%, also das Zehnfache. Außerdem stehen sie in Konkurrenz zueinander und geben viel für „Patientenwerbung“ aus. Das sagt der smarte WKO-„Sparmeister“ natürlich nicht. In Wirklichkeit lobbyiert er in der „Krone“ offen für private Konzerne wie Vamed oder Vinzi-Gruppe.

Einsparungen könnten nur beim Personal lukriert werden, bei der Anzahl der Beschäftigten und bei deren Entlohnung, wenn diese eben privat angestellt wären. Und natürlich gibt es Potenzial bei den Patienten – vor allem bei potenten Privatpatienten, die dann aufgenommen werden könnten.

Privatspitalbetreiber könnten sich die besten Happen aussuchen in so einem von der WKO angedachten System der „Ausgliederung“. Privatspitäler wie Humanomed oder PremiQuamed (eine Tochter der privaten UNIQA-Versicherung mit 1750 Mitarbeitern) denken auch an privaten Medizintourismus und hoffen in Österreich auf einen Markt von einer Viertelmilliarde Euro jährlich. (Kurier, 22.4.2017)

Der vorgesehene neue HV-Chef, Alexander Biach vom ÖVP-Wirtschaftsbund, war früher Kabinettschef von ÖVP-Scharftmacher Helmut Kukacka im Verkehrsministerium. Dort gestaltete Biach die ÖBB-„Reform“ der 2000er Jahre mit, also die Posten-Beschaffung für Schwarz-Blau durch die Zergliederung der ÖBB in viele GmbHs und die Hereinnahme der privaten Frächter-Konkurrenz und der Baukonzerne in den ÖBB-Aufsichtsrat.

Fünf Jahre war Biach Landesvorsitzender der SVA der gewerblichen Wirtschaft. Jener SVA, die den Schmäher der Gesundheitsvorsorge betreibt, Selbstbehalte kassiert, die besonders die wenig verdienenden EPU's trifft und zuletzt die private Kranken-Zusatzversicherung einseitig gekürzt hat. Das traf vor allem die rund 60.000 als „Selbständig“ geführten 24-Stunden-Pflegekräfte hart (siehe dazu ÖSK-Zeitung Nr. 131 vom März 2017). **Achtung vor den ÖVP-WKO-Privatisierern. SPÖ und Gewerkschaften dürfen da um keinen Preis mitmachen!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen. Bestellungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

Mit kollegialen Grüßen
Das ÖSK-Team

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

132/17

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

Gute Nachrichten?

„Armutsgefährdung in der EU gesunken“

Super, denkt man da. Doch beim genauen Hinschauen erkennt man zwar, dass die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Menschen in der EU zwar um 0,7% oder um knapp über 3 Millionen Menschen gesunken ist, die absolute Zahl der Armutsgefährdeten im Jahr 2015 aber absolut 118,82 Millionen Menschen betrifft, das ist fast ein Viertel aller EU-Bürger!

„Jeder Zweite ist mit der Arbeit und seinem Chef zufrieden“

So titelt der „Kurier“ österlich wohlgestimmt am 15. April. Doch das heißt umgekehrt, dass die Hälfte mit ihrer Arbeit und mit ihrem Chef unzufrieden sind. Keine Fragen mehr? Wir werden ja sehen, ob sich bei der 12-Stunden-Tag-Auf-Abruf-„Flexibilisierung“ die Arbeitszufriedenheit erhöht.

Schelling: Mehr Geld für Reiche

Die „kalte Progression“ Das ist die indirekte Lohn- und Einkommenssteuererhöhung durch die Hintertüre, durch die Inflation. Wie schon an anderer Stelle beschrieben, ist die Steuerreform 2015 schon jetzt wieder wirkungslos d.h. was wir 2015 mehr im Börsl an Kaufkraft hatten, ist jetzt schon wieder weg. Vermögenssteuern gibt's in Österreich nicht, Gewinnsteuern sind gering und große Konzerne zahlen oft überhaupt keine Steuern, da sie ihre Gewinne ganz legal verschieben können. Jetzt will der Finanzminister „Gleichheit“ schaffen, indem er bei einer allfälligen automatischen Abgeltung der kalten Progression auch die hohen Einkommen begünstigen will. Motto: den Armen darf man nehmen, den Reichen soll man noch mehr geben. Alles klar?

Doskozil: Sparen für Radpanzer

Sparen, das müssen alle, heißt es. Alle sind wir. Nicht die Reichen, nicht Polizei, nicht Heer. 134 Radpanzer schafft SP-Verteidigungsminister Doskozil an – um Millionen, die im Bildungs- und Sozialbudget fehlen. Aber man muss das verstehen: auch Polizei und Militär müssen sich schützen. Gegen Terroristen helfen Radpanzer wenig bis gar nichts. Helfen tun die Panzer nur gegen das steigende, vielleicht doch einmal demonstrierende Arbeitslosenheer oder bei Massendemonstrationen von Gewerkschaften, z.B. gegen die ständigen sozialen Verschlechterungen oder gegen aufgebrachte Wohnungssuchende, die sich gegen Immobilienspekulanten wehren. Wem schützen also Polizei und Heer? Die Bevölkerung oder die Profiteure?

Pensionen: Bundeszuschuss gesunken – echt!

Glaut man den Medien und den Propagandisten von ÖVP über FPÖ bis zu den Neos, dann steht unser Pensionssystem vor dem Zusammenbruch. Besonders die „Krone“ versucht sich da regelmäßig als Fake-News-Erfinder aus dem Gruselkabinett diverser „Wirtschaftsforscher“ und „Pensionsexperten“. Wahrscheinlich, um ihren vielen Lesern im Pensionsalter eine wohlige Gänsehaut zu bescheren, so nach dem Motto: ‚Gott sei Dank bin ich schon in Pension‘. Jetzt zeigt sich aber, dass bereits das zweite Jahr in Folge der Bundeszuschuss zu den Pensionen gesunken ist. Mit 9,9 Mrd. Euro lagen die tatsächlichen Aufwendungen um 1,45 Mrd. (!) Euro unter dem Bundesfinanz-Voranschlag (Schelling-Ministerium). So holt sich Schelling ein „Körperlgehd“ als Manövriermasse fürs Budget zur Umverteilung zu den Reichen und kann gleichzeitig bei der Budgetdebatte immer gegen die teuren Pensionen wettern. Tatsächlich sind die Schwarz-Blauen „Pensionsreformen“, die den Menschen bis zu einem Drittel ihrer bereits erarbeiteten Pensionen raubte, von den nachfolgenden SP-Kanzlern (Gusenbauer, Faymann, Kern) nie in Frage gestellt, geschweige rückgängig gemacht worden. Ja, liebe SP-Spitzen, so ist das „wenn man den Hund auf

die Knackwurst aufpassen lässt“ (Ex-SP-Finanzminister Edlinger, 2000). Und ihr lasst dem Kettenhund des Kapitals weiter freie Hand. Was macht Schelling schon viel, außer dem deutschen Finanzminister Schäuble nachzuplappern. Ein teurer Lautsprecher, dieser Finanzminister.

Ältere fördern Unternehmen

Seit 2009 subventionierte das AMS Löhne von Langzeitarbeitslosen für Unternehmen. 44% der insgesamt 251.643 geförderten Personen in Unternehmen wurden von den Firmen bereits 3 Monate nach Auslaufen der AMS-Unternehmensförderung wieder gekündigt. Bei der jetzigen Aktion für 20.000 Langzeitarbeitslose sollen „gemeinnützige“, d.h. billige Zwangsarbeitsstellen in Gemeinden geschaffen werden. Der Nutzen ist äußerst fraglich.

AKTIONS-TREFFEN

Gegen Sozialabbau – für Neutralität!

**9. Mai 2017
19.00 Uhr**

Amerlinghaus

Erdgeschoß/Großer Saal
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Kontakt/Anmeldung:

oesolkom@gmx.at oder

0650 830 7 830

NEUES

Spenden-Konto

Einzahlungen

mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK

Verwendungszweck: Spende

IBAN:

AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW